

Jury für den Standortwettbewerb für das Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation



Berlin. Wie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) mitteilt, wurde am 01. Juli wurde der Wettbewerb um den Standort des 'Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation' gestartet. In die Jury für die Auswahl der Kommune, in der das Zukunftszentrum bis 2028 errichtet werden soll, wurden von Staatsminister Carsten Schneider folgende Persönlichkeiten berufen:

Marianne Birthler/ Katrin Budde/ Dr. Marta Doehler-Behzadi/ Prof. Dr. Raj Kollmorgen(Basil Kerski/ Monika Lazar/ Prof. Dr. Astrid Lorenz/ Prof. Dr. Steffen Mau/ Dr. Thomas de Mazière/ Dr. Reimar Molitor/ Cornelia Pieper/ Matthias Platzeck/ Ulrike Poppe/ Prof. Dr. Gwendolyn Sasse/ Dr. Barbara Steiner

Carsten Schneider, Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland: „Ich freue mich, dass wir eine breit aufgestellte Jury mit ganz unterschiedlichen Kompetenzen und Erfahrungen haben und bedanke mich bei allen Mitgliedern für ihre Bereitschaft, an diesem Prozess mitzuwirken. Die Mitglieder der Jury zeichnen sich durch ihre Expertise und Unabhängigkeit mit verschiedenen beruflichen und persönlichen Hintergründen aus und bringen vielfältige Perspektiven in den Auswahlprozess ein.“

Bis zum 30.9.2022 können sich Kommunen noch um den Sitz des Zukunftszentrums bewerben. Die Jury wird auf Basis der eingegangenen Bewerbungen in den kommenden Monaten die interessierten Kommunen bereisen und entlang der in der Auslobung genannten Kriterien eine Empfehlung an die Bundesregierung für einen Standort aussprechen. Eine Entscheidung ist für Anfang kommenden Jahres geplant.

Das 'Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation' ist eine Empfehlung der Kommission '30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit'. Die Realisierung des Zentrums wurde im Koalitionsvertrag vereinbart und von Bundesregierung und Bundestag mit entsprechenden Beschlüssen im Frühjahr

bekräftigt.

Es soll Umbruchsprozesse nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland sowie in Mittel- und Osteuropa nach dem Ende des Kalten Krieges zum Thema machen und den Austausch einer breiten Öffentlichkeit organisieren.

Der Standortentscheidung soll ein Architekturwettbewerb folgen. Ziel ist eine herausragende Architektur auf internationalem Niveau. Die Gründung der das Zentrum tragenden Institution wird für 2023 angestrebt.

Carsten Schneider: „Ostdeutschland hat ein eigenes Selbstbewusstsein durch die Strukturbrüche nach der Wiedervereinigung entwickelt. Die dahinter liegenden Erfahrungen müssen wir sichtbarer machen, auch um daraus für die aktuellen Krisen und Herausforderungen zu lernen. Menschen zu respektieren heißt, ihre Erfahrungen und Erwartungen anzuerkennen. Das Zukunftszentrum soll eine Plattform sein, die persönliche Lebensgeschichten, Forschung und Kultur zueinander bringt und für ganz Deutschland fruchtbar macht. Es soll ein Forum sein, um den Zusammenhalt zu stärken. Ostdeutschland ist ein selbstbewusster Teil dieses Landes aus eigener Erfahrung und eigenem Erleben und darin liegt eine Chance für Deutschland insgesamt.“

Weitere Informationen zu dem Standortwettbewerb für das Zukunftszentrum sind unter nachfolgendem Link zu finden:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/zukunftszentrum-einheit-2059090>